

Gegen die Zuckerpreiserhöhung

Gestern mittags begab sich eine Abordnung der im Niederösterreichischen Gewerbeverein tagenden Kriegskommission für Konsumenteninteressen, bestehend aus den Herren Regierungsrat Fritsch, Frau Granitsch und Sekretär Raff, in das Ministerratspräsidium, wo sie in Verhinderung des Ministerpräsidenten vom Ministerialrat v. Ehrhart empfangen wurde. Sodann sprach die Abordnung beim Minister des Innern Freiherrn v. SeinoId vor. An beiden Stellen überreichte die Abordnung eine Eingabe betreffend die Zuckerpreisbestimmung. In diesen Eingaben wird u. a. ausgeführt: Eine Preiserhöhung nach Erschöpfung des Inlandskontingents wäre unter keinen Umständen zulässig, so lange die aus der früheren Kampagne stammenden Vorräte vorhalten, weil diese unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen produziert wurden und zur Deckung des Inlandskontingents jedenfalls ausreichen, obgleich von den Zuckerindustriellen auch in dieser Hinsicht die Sachlage bestritten wird. Was die Preiskalkulation für Zucker der neuen Ernte anlangt, so müßte auch hier im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914 und des bekannten oberstgerichtlichen Urteils von den tatsächlichen Gesehungskosten ausgegangen werden. Selbst bei Annahme schwieriger Produktionsverhältnisse müßte eine unbesangene Berechnung ergeben, daß die Gesehungskosten des Rohzuckers neuer Ernte durch den Rohzuckerpreis, wie er zu Anfang der Kampagne 1914 kalkuliert wurde, vollauf gedeckt sind, um so mehr als dieser Rohzuckerpreis später eine namhafte Erhöhung erfahren hat. Im Hinblick darauf sei also auch eine Preiserhöhung des Raffinadezuckers neuer Ernte tatsächlich nicht zu begründen und müßte deshalb vom Standpunkte des Konsums auf das entschiedenste abgelehnt werden, zumal selbst eine kleine Erhöhung der Produktionskosten die Rentabilität der Zuckerindustrie nicht im geringsten tangieren würde. Uebrigens kämen die rechnermäßigen Grundlagen der Zuckerherstellung, die aus verschiedenen Gründen nicht genau nachgeprüft werden können, gegenwärtig weit weniger in Betracht als sozialpolitische und kriegswirtschaftliche Momente, da es ja bekannt ist, daß das Zuckerkartell die Preispolitik als Machtfrage auffaßt. Der Minister sagte eine Würdigung der in der Denkschrift niedergelegten Beweisführung zu und versprach auch, sich in dieser Angelegenheit mit dem Handelsminister ins Einvernehmen zu setzen.